

Verordnung

der Stadtvertretung Feldkirch vom 16.5.1990 idF vom 16.3.1999 über die Einrichtung und Geschäftsordnung einer Berufungskommission

Auf Grund des § 53 des Gemeindegesetzes (GG), LGBl. Nr. 40/1985, wird verordnet:

§ 1

Einrichtung, Aufgaben

Für die Stadt Feldkirch wird zur Entscheidung über Rechtsmittel gegen Bescheide des Stadtrates und des Bürgermeisters in Angelegenheit des eigenen Wirkungsbereiches eine Berufungskommission eingerichtet. Dieser kommt die Aufgabe zu, im Namen der Stadtvertretung Entscheidungen und Verfügungen zu treffen oder sonstige Amtshandlungen vorzunehmen.

§ 2

Zusammensetzung, Vorsitz

Die Berufungskommission besteht aus dem Vorsitzenden und sieben weiteren Mitgliedern, die von der Stadtvertretung gemäß § 53 Abs. 2 GG in sinngemäßer Anwendung des § 56 Abs. 2 leg.cit. gewählt werden. Für jedes Mitglied wird in gleicher Weise ein Ersatzmitglied gewählt. Der erste, zweite und dritte Stellvertreter des Vorsitzenden wird in gleicher Weise von der Stadtvertretung gewählt.

§ 3

Einberufung von Sitzungen

- (1) Der Vorsitzende hat die Berufungskommission nach Bedarf zu Sitzungen einzuberufen. Der Bedarf richtet sich nach der Entscheidungspflicht gemäß § 73 AVG 1950.
- (2) Die Einberufung hat mit der Angabe von Ort und Zeit der Sitzung mindestens eine Woche (ausgenommen der Fall des § 4 Satz 2) vor dem Sitzungstag schriftlich zu erfolgen. Für die Zustellung der Einberufung sind die Bestimmungen des § 40 Abs 4 bis 7 GG sinngemäß anzuwenden.

§ 4

Anwesenheitspflicht, Einberufung von Ersatzmitgliedern

Die Kommissionsmitglieder sind zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet. Ist ein Mitglied verhindert, so ist dies dem Vorsitzenden unter Angabe des Grundes unverzüglich bekanntzugeben. Der Vorsitzenden hat an dessen Stelle und mit dessen Rechten ein Ersatzmitglied derselben Parteiliste zur Sitzung einzuberufen.

§ 5 Abstimmung

Zu einem Beschluss der Berufungskommission ist die Anwesenheit von sechs Mitgliedern bzw. Ersatzmitgliedern und die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen mit der Maßgabe erforderlich, dass bei Stimmgleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheidend ist. Die in der Sitzung anwesenden Stimmberechtigten dürfen sich nicht der Stimme enthalten.

§ 6 Vertraulichkeit

Die Sitzungen der Berufungskommission sind nicht öffentlich. Die Beratungen und die Beschlüsse sind vertraulich.

§ 7 Geschäftsbehandlung

- (1) Das Amt der Stadt Feldkirch hat die Anbringen, über welche die Berufungskommission zu entscheiden hat, samt den dazugehörigen Akten dem Vorsitzenden vorzulegen. Die Vorbereitung und Erarbeitung der Sitzungsbeschlüsse der Berufungskommission obliegt der sachlichen Aufsicht des Vorsitzenden.
- (2) Der Vorsitzende hat den Sitzungen erforderlichenfalls Sachverständige und Auskunftspersonen beizuziehen. Dies kann auch über Beschluss der Berufungskommission erfolgen.
- (3) Berichterstatter ist der Vorsitzende. Er kann diese Aufgabe auch einem anderen Kommissionsmitglied oder einem Sachbearbeiter des Amtes der Stadt Feldkirch übertragen.
- (4) Jedes Mitglied der Berufungskommission hat das Recht, Anträge zu stellen. Alle Anträge sind zu begründen. Über die gestellten Anträge ist durch Erheben der Hand abzustimmen.
- (5) Vor Unterfertigung der Reinschrift des Bescheides ist der Erledigungsentwurf auf die Übereinstimmung des Bescheides mit dem diesem zugrundeliegenden Beschluss der Berufungskommission vom Vorsitzenden zu prüfen und abzuzeichnen.
- (6) Die Akten sind nach Abschluss des Verfahrens im Amt der Stadt Feldkirch aufzubewahren.
- (7) Im Übrigen sind die §§ 38 (ausgenommen Abs. 2 Satz 2), 45, 47 (ausgenommen Abs. 4 Satz 2) bis 49, 51 Abs. 6 und 7 GG sinngemäß abzuwenden.

Der Bürgermeister
Mag. Wilfried Berchtold eh